

NIEDERSACHSEN SPD vorwärts

APRIL 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

im Mai 1979 hat Ernst Albrecht festgestellt: »Gorleben ist politisch nicht durchsetzbar.« Wo der Ex-Ministerpräsident Recht hat, hat er Recht. Albrecht weiß, dass die Wahl von Gorleben überwiegend politisch begründet worden ist: wenig Menschen, nahe der DDR. Ob der Salzstock geologisch geeignet ist, spielt damals eine nachrangige Rolle. Mittlerweile sind wir schlauer. Gorleben birgt große Risiken. Deshalb hat Sigmar Gabriel als Umweltminister das Endlager Gorleben für tot erklärt. Jetzt macht sein Nachfolger Röttgen das Fass wieder auf. Gorleben soll hochradioaktiven Atommüll aufnehmen – ohne dass ernsthaft weitere Standorte und Gesteinsarten untersucht werden. Das ist dreist, aber längst nicht alles: Das Erkundungsverfahren läuft nicht nach Atomrecht, sondern nach Bergrecht ab, das kaum Mitsprache der Bürger zulässt. Dem Skandal die Krone setzt Röttgen mit seinem Plan auf, einem privaten Betreiber die Zuständigkeit für Gorleben zu übertragen. Wir müssen dafür sorgen, dass Ernst Albrecht weiter Recht behält.
Euer

Garrelt Duin
Garrelt Duin
Landesvorsitzender

»ZEICHEN SETZEN GEGEN ATOM«

Der Niedersachsen-vorwärts sprach mit dem umweltpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch über die Bedeutung der Anti-Atom-Menschenkette am 24. April

vorwärts: Matthias, am 24. April wird ein großes Bündnis aus Parteien, Umweltverbänden und Nichtregierungsorganisationen eine 120-Kilometer lange Menschenkette zwischen den AKW Krümmel und Brunsbüttel bilden. Wir als SPD sind dabei. Erklär uns Genossinnen und Genossen, warum es so wichtig ist, an diesem Tag Flagge zu zeigen.

Matthias Miersch: Die Aktion ist ein großes gesellschaftliches Team-Play. Ich finde es wichtig, dass wir uns dort, wo es mit anderen Akteuren Gemeinsamkeiten gibt, einreihen und Vertrauen aufbauen. Und ich finde es wichtig, durch symbolische Aktionen nach innen und nach außen klar zu machen, wofür die SPD steht.

vorwärts: Wogegen richtet sich die Menschenkette und aus welchem Anlass bildet sie sich am 24. April?

Matthias Miersch: Die Menschenkette bildet sich zwei Tage vor dem Jahrestag der Tschernobylkatastrophe. Wir müssen uns immer wieder klar machen, dass Kernenergie mit hohen Risiken behaftet ist. Immer wieder schrammen wir knapp am Supergau vorbei. Gleichzeitig plant die schwarz-gelbe Bundesregierung den Ausstieg aus dem Atomkonsens und will den Atomlobbyisten Geschenke in Milliardenhöhe machen. Darüber hinaus zeigt die Endlagerfrage, dass nun breiter Widerstand angezeigt ist. Berücksichtigt man diese Aspekte, hört auch der Mythos vom billigen Atomstrom auf, der nachfolgenden Generationen für Millionen Jahre Strahlenmüll hinterlässt.

vorwärts: Wodurch unterscheiden wir uns bei der Energiefrage von anderen Parteien?

Matthias Miersch: Die SPD-Bundesregierung hat vor 10 Jahren die Energiewende erreicht: Weg von Atomenergie – hin zu erneuerbaren Energien. Hier konnten alleine in den vergangenen Jahren 290.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, gerade auch im industriellen



Die Strecke der Menschenkette vom AKW Brunsbüttel bis zum AKW Krümmel.

Bereich. Energie- und Klimapolitik ist somit nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine zentrale ökonomische und soziale Frage. Das muss die SPD betonen. Wir müssen uns darum kümmern, dass der Zugang zu Energie auch weiterhin für jeden in unserer Gesellschaft sichergestellt ist. Diese soziale Komponente ist Teil eines ganzheitlichen nachhaltigen Ansatzes. Und während andere Parteien ihren Schwerpunkt jeweils immer nur auf einen Aspekt legen, können wir uns dadurch abheben, dass wir ein Politikangebot für das Ganze bieten, also soziale, ökologische und ökonomische Aspekte vereinen.

vorwärts: Ganz konkret: Wo kann ich erfahren, wie ich an der Menschenkette teilnehmen kann?

Matthias Miersch: Mittlerweile haben verschiedene Ortsvereine, Unterbezirke und auch einzelne Abgeordnete angefangen, Busse zu organisieren, die am 24. April zur Menschenkette fahren. Auf der Internetseite www.spd.de gibt es einerseits einen Leitfaden, wie man selbst so einen Bus organisiert. Hierzu rufe ich an dieser Stelle nochmal alle Gliederungen

»
Unser Politikangebot vereint soziale, ökologische und ökonomische Aspekte.«

Matthias Miersch

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Matthias Miersch, MdB

Fortsetzung von Seite 1

auf. Andererseits kann jeder Einzelne in einer Busbörse nachschauen, ob in seiner Nähe eine Fahrt geplant ist und wer der Ansprechpartner ist.

vorwärts: Wird dieses gemeinsame Handeln mit anderen Organisationen in

Zukunft häufiger praktiziert oder ist dies ein Einzelfall?

Matthias Miersch: Wir haben auch in der Vergangenheit immer wieder mit Bündnispartnern wie den Gewerkschaften zusammengearbeitet und wir sollten

das in Zukunft weiter ausbauen. Es geht schließlich darum, politische Ziele zu verfolgen. Wenn wir dabei noch das Signal an andere geben, dass wir mit ihnen zusammenstehen, kann das nur gut sein für die SPD. ■

ATOMKRAFT VERHINDERT INNOVATION

Es gibt keinen Grund für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und die Gefahr terroristischer Anschläge wächst

Von Petra Emmerich-Kopatsch



Petra Emmerich-Kopatsch, MdL, SPD-Unterbezirksvorsitzende des Unterbezirks Goslar und Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ASSE II

Die Atomkraft ist ein Investitions- und Innovationsverhinderer. Wir brauchen sie nicht mehr. Es wird keine »Stromlücke« geben, wenn es beim Atomausstieg bleibt. Vielmehr würde durch eine Verlängerung der Laufzeiten der Ausbau der Erneuerbaren Energien ebenso wie der konventionelle Kraftwerksbau zum Erliegen kommen. Es wird auch keine zusätzlichen Einnahmen geben, denn schließlich müssten alle Kraftwerke nachgerüstet werden. Das kostet erst einmal viel Geld, und dieses Geld wird steuermindernd geltend gemacht. Zudem hat die Bundesrepublik wegen des Atomausstiegs zusätzlich CO₂-Zertifikate zugeteilt bekommen. Die Europäische Union wird sich diese überzähligen Zertifikate bezahlen lassen. Auch das kostet Geld und ist für die Bundesrepublik ein erheblicher Wettbewerbsnachteil.

Und schließlich geht es um die Gesundheit der gesamten Bevölkerung. Ein einziger ernsthafter Störfall kann ganze Landstriche für immer unbewohnbar machen. Ein einziger Störfall könnte das Leben vieler Menschen kosten.

Es gibt eine ständig wachsende Gefahr, die wir nicht verdrängen dürfen. Dies gilt auch für die Zwischenlager, die fast ungeschützt an allen atomtechnischen Anlagen zu finden sind.

Wir wissen, dass das einstige Vorzeigobjekt der deutschen atomaren Entsorgung, die Asse, auf ewige Zeiträume geplant war, aber schon nach kurzer Zeit den Dienst versagte.

Nur 40 Jahre sind seit der letzten Einlagerung vergangen, und schon heute weiß niemand mehr, was damals wirklich geschehen ist. Wie will man unter solchen Voraussetzungen jemals einen

Langzeitsicherheitsnachweis für irgendein Atom-Lager erstellen?

Wir wissen, dass die Sicherheitstechnik, die für ewige Zeiträume Schutz bieten sollte, schon nach wenigen Jahren, wie bei den Druckschaltern der Castoren, versagt. Die Herstellerfirma gibt es nicht mehr, und niemand wird in weiteren 10 Jahren wissen, wie man mit solchen technischen Problemen umgehen soll.

Wir wissen, dass auf den Höfen der Atomkraftwerke und in Gorleben Zwischenlager eingerichtet sind, deren Gefährdungspotenzial bislang nie untersucht wurde und dass kein einziges deutsches Atomkraftwerk gegen die immer mögliche Kernschmelze gesichert ist. Wie sollte es auch? Und trotzdem haben die AKW eine Betriebslaubnis bekommen.

Wir wissen alle von Erkrankungen im Umfeld von kerntechnischen Anlagen. Es gibt einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Emissionen der Kraftwerke und den gehäuften Erkrankungen. Niemand kann die Verantwortung für diese schrecklichen Krankheiten übernehmen.

Wir wissen, dass kein einziges unserer Atomkraftwerke gegen gezielte Abstürze von Verkehrsflugzeugen gesichert ist. Die Sicherung durch Vernebelung bis zum Eintreffen der Luftwaffe ist nicht in allen Kraftwerken installiert und dient wahrscheinlich auch eher der Beruhigung, denn der ernsthaften Sicherung der Anlagen. Nach dem 11. September 2001 wissen wir, wie gefährlich der internationale Terrorismus ist.

Wenn wir uns ernsthaft mit der Thematik beschäftigen, müssen wir erkennen, dass es wirklich keinen Grund für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken gibt. Wir dürfen nicht die Augen verschließen, um nicht erkennen zu müssen, dass manches einfach nicht beherrschbar ist! Noch haben wir die Chance, uns rechtzeitig von dieser unheilvollen Technologie zu verabschieden, die von über 50% der Bevölkerung abgelehnt wird. ■

EQUAL PAY DAY



Unter dem Motto »Nie mehr leere Taschen – Nur noch Rote« machte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) am 26. März in Osnabrück und an vielen anderen Orten auf die Entgeltdiskriminierung von Frauen aufmerksam. »Frauen bekommen hierzulande 23 Prozent weniger Lohn als Männer«, moniert die ASF-Landesvorsitzende Ulla Groskurt »Deutschland liegt damit in Europa an fünftletzter Stelle.«

DER AUFSCHWUNG DER SPD GEHT NUR GEMEINSAM

Nach fünf Regionalkonferenzen haben bereits mehr als 1.500 Genossinnen und Genossen für ihre Favoriten votiert und »Begeisterung für den Wechsel in der Beteiligungskultur der SPD« gezeigt

Von Sebastian Schumacher



Wer am Abend des 1. März 2010 das Forum in der Erich-Kästner-Schule in Laatzen ansteuerte, um an der ersten Vorstellungsrunde der drei Kandidaten für den SPD-Landesvorsitz teilzunehmen, der oder diejenige musste sich den Mantelkragen hochkrepeln oder den Schal noch etwas enger schnüren. Denn der Andrang vor den Akkreditierungsti-

schen im Vorraum des Forums war zu groß, als dass alle Interessierten einen Platz im Warmen hätten finden können. Weit mehr als 600 Genossinnen und Genossen wollten die Chance nutzen, um Monika Griefahn, Olaf Lies und Stefan Schostok auf den Zahn zu fühlen und auszuloten, wie ihre Ideen lauten, damit die SPD in Niedersachsen zu neuer Stärke



Einer Meinung für einen starken SPD-Landesverband: Stefan Schostok, Monika Griefahn und Olaf Lies.

Foto: Lopo

kommt. Und um abzustimmen. Zwar hätten sich die SPD-Mitglieder auch an den Anmeldetischen vorbeidrücken können – dann allerdings wäre eine Stimmabgabe zum Ende der Veranstaltung nicht möglich gewesen. Denn das Reglement für die Regionalkonferenzen sieht vor, dass alle SPD-Mitglieder aus Niedersachsen nur einmal abstimmen dürfen – getreu dem Motto: »One (wo)man, one vote«! Hierfür ist eine Registrierung am Einlass unerlässlich, denn jede Stimme muss am Ende der Vorstellungstour gleich viel wert sein. Und so warteten die Genossinnen und Genossen in Laatzen ebenso geduldig wie neugierig.

Die Bereitschaft sich einzubringen, ist groß

Es sollte sich lohnen, auch für die Besucherinnen und Besucher in Wardenburg, Lüneburg, Braunschweig und Cadenber-

Fortsetzung auf Seite 4



Impressum
Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne, Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16
 30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de



»
Eins ist klar:
Wulff wird die
Landtagswahl
2013 nicht
gewinnen.«

Olaf Lies



»
Mit den von uns
erarbeiteten
Inhalten werden
wir die schwarz-
gelbe Landesre-
gierung treiben
und aus dem Amt
jagen. Nieder-
sachsen hat Bes-
seres verdient als
diese Wulff-Regie-
rung!«

Stefan Schostok



»
Wir können
Politik besser
machen als die
Murks-Regie-
rungen in Berlin
und Hannover.«

Monika Griefahn

Fortsetzung von Seite 3



ge. Schließlich gelang es den Teilneh-
mern auf jeder Regionalkonferenz mit
den potenziellen Landesvorsitzenden in
spannende Diskussionen über ursozial-
demokratische Themen zu kommen:
Arbeitsmarkt und Hartz-IV-Gesetze, Bil-
dungspolitik in Niedersachsen, die Ein-
stellungen der KandidatInnen zum Ein-

HALBZEITSTAND NACH FÜNF VON ZEHN REGIONAL- KONFERENZEN:

Insges. abgegebene Stimmen:	1.565
Stimmen Monika Griefahn:	222
Stimmen Olaf Lies:	674
Stimmen Stefan Schostok:	661
Enthaltungen:	4
Ungültige Stimmen:	4

satz in Afghanistan und natürlich die
Frage: »Wie wollt ihr als neue/r Landes-
vorsitzende/r die SPD in Niedersachsen
wieder zu neuer Stärke führen und die
CDU aus der Regierung drängen?«. So
unterschiedlich im Detail, so einmütig
hielten Monika Griefahn, Olaf Lies und
Stefan Schostok fest: Den Aufschwung
der SPD kann nur die gesamte Partei
schaffen, einig und unter einer großen
Beteiligung der Mitglieder. Denn der
Wunsch und die Bereitschaft sich einzu-

bringen und an einer erfolgreichen
Zukunft der SPD mitzuwirken, sind groß
innerhalb der niedersächsischen SPD.
»Das ist kein Strohfeuer, sondern echte
Begeisterung für den Wechsel in der
Beteiligungskultur der SPD«, schätzt
SPD-Landesgeschäftsführer Michael
Rüter.

Begeisterung als Dauerzustand

Der Landesgeschäftsführer war bei allen
fünf Veranstaltungen zugegen und hat
viele Gespräche geführt. »Unsere Mit-
glieder unterstützen den Kurs der Öff-
nung und Beteiligung, den die SPD auf
dem Dresdener Parteitag eingeschlagen
hat, voll und ganz. Aber es muss ernst
gemeint sein: Die Erweiterungen der

demokratischen Einflussmöglichkeiten
müssen fester Bestandteil der Partei sein
und gelebt werden. So verbessern wir die
politische Arbeit, aktivieren die Mitglied-
schaft und werden attraktiver nach
außen«, sagt Rüter und weist darauf hin,
dass auch eine beträchtliche Anzahl an
Nichtmitgliedern die Vorstellungsrunden
besucht haben.

Mitmachen, teilnehmen, abstimmen!



Diese Begeisterung zum Dauerzustand
in der niedersächsischen SPD zu machen,
ist die Aufgabe der gesamten Partei und
der neuen oder des neuen Vorsitzenden.
Denn so wird die SPD 2011 gemeinsam
einen erfolgreichen Kommunalwahl-
kampf führen. Das ist die Grundlage
dafür, der CDU in Niedersachsen die Bür-
de zu regieren, abzunehmen. Also weiter
mitmachen, teilnehmen, abstimmen! ■

DIE NÄCHSTEN KONFERENZEN

Fr., 09.04.2010, 19.30 Uhr	49086 Osnabrück/Voxtrup, Hotel Rahenkamp, Meller Landstraße 106
Sa., 10.04.2010, 11.00 Uhr	27283 Verden, Stadthalle Verden, Holzmarkt 13-15
Mo., 12.04.2010, 19.30 Uhr	38678 Clausthal-Zellerfeld, Glück Auf Saal, An der Marktkirche 7
Fr., 16.04.2010, 19.30 Uhr	26603 Aurich, Ostfrieslandhaus, Weddingstraße 5
Sa., 17.04.2010, 11.00 Uhr	37073 Göttingen, Aula des Felix-Klein-Gymnasiums, Böttingerstraße 17

Weitere Infos: www.spd-niedersachsen.de
Anmeldungen: spd-niedersachsen@spd.de

SPD-LANDESPARTEITAG WIRD ZEICHEN SETZEN

EINLADUNG ZUM LANDESPARTEITAG

Der Landesparteitag findet in diesem Jahr am

29. Mai 2010, um 10.00 Uhr
im **STADEUM – Kultur- und Tagungszentrum Stade**
Schiffertorsstraße 6, 21682 Stade statt.

Wir freuen uns, dass unser Parteivorsitzender **Sigmar Gabriel** an dem Parteitag teilnehmen und zu den Gästen und Delegierten sprechen wird.

Der Landesvorstand hat in seiner letzten Sitzung die vorläufige Tagesordnung sowie eine umfangreiche Satzungsänderung beraten, die ihr in der Anlage findet. Beim Landesparteitag werden neben den Wahlen zum Landesvorstand die Themenfelder Landespolitik, Kommunal- und Organisationspolitik im Mittelpunkt der Antragsberatung stehen.

Garrelt Duin, MdB
Landesvorsitzender

Michael Rüter
Landesgeschäftsführer

WEGWEISENDE SATZUNGSÄNDERUNG

Der SPD-Landesvorstand hat beschlossen, auf dem Landesparteitag in Stade am 29. Mai 2010 einen Antrag auf Änderung der Satzung des Landesverbandes zu stellen, mit dem zum einen inhaltliche Foren und zum anderen Mitgliederentscheide verbindlich verankert werden sollen. Der Satzungsänderung müssen in Stade zwei Drittel der Delegierten zustimmen. Der Niedersachsen-vorwärts dokumentiert die Änderungen.

Der § 6 Landesvorstand wird erweitert um den Absatz 5.

(5) Der amtierende Vorstand soll zwei Wochen vor dem Parteitag den Delegierten einen Vorschlag zur Wahl des Vorstandes unterbreiten.

Völlig neu ist § 9 Foren

(1) Zur inhaltlichen politischen Arbeit der SPD in Niedersachsen können auf Beschluss des Landesvorstandes Foren eingerichtet werden. Die Foren erhalten den Auftrag, die Inhalte sozialdemokratischer Politik in ihrem Themenbereich zu erarbeiten. Die Mitarbeit von Personen, die nicht Mitglied der Partei sind, ist gewünscht

(2) Die Foren haben Antrags- und Rederecht auf dem Landesparteitag.

§ 11 Finanzierung wird um die Absätze 2 und 3 erweitert

(2) Der Landesverband Niedersachsen richtet als ständiges Gremium eine Personal und Finanzkommission ein. Ihr gehören die Schatzmeisterinnen und Schatzmeister und leitenden Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer des Landesverbandes und der Bezirke in Niedersachsen an.

(3) Die Personal- und Finanzkommission hat die Aufgabe einer gemeinsamen Finanz- und Personalentwicklung für den Landesverband und die Bezirke in Niedersachsen. Haushalts- und Stellenpläne des Landesverbandes und der Bezirke sind in der Personal- und Finanz-

kommission zu beraten und im Einvernehmen der Vorstände zu beschließen.

Völlig neu ist § 12 Mitgliederbegehren/Mitgliederentscheid

(1) Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen. Der oder die Kandidat(in) der SPD für das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten oder der niedersächsischen Ministerpräsidentin kann bei mehreren Bewerberinnen oder Bewerbern durch Mitgliederentscheid bestimmt werden. Bei der Bestimmung des Kandidaten oder der Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(2) Gegenstand eines Entscheids können nur solche Beschlüsse sein, die nicht durch Parteiengesetz oder durch andere Gesetze ausschließlich einem Organ vorbehalten sind. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 13 Abs. 2 des Organisationsstatutes der SPD analog.

(3) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein. Es kommt zustande, wenn es binnen einer Frist von drei Monaten von 10 Prozent der Mitglieder unterstützt wird.

(4) Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es

a) der Landesparteitag mit einfacher Mehrheit oder

b) der Landesvorstand mit Dreiviertelmehrheit beschließt.

Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.

(5) Im Falle eines Mitgliederbegehrens kann der Landesvorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.

(6) Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem zuständigen Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, mindestens aber 1/4 der stimmberechtigten Parteimitglieder zugestimmt haben. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Landesparteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.

(7) Der Landesvorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Begehrens und des Entscheids.

§ 12a Verfahren des Mitgliederentscheids

(1) Der Landesvorstand setzt Tag und Zeit der Abstimmung fest. Die Abstimmung muss innerhalb von drei Monaten durchgeführt werden.

(2) Termin und Gegenstand sind spätestens zwei Wochen vor dem Abstimmungstag zu veröffentlichen.

(3) Die Abstimmung wird innerhalb der Unterbezirke in unmittelbarer und geheimer Form vorgenommen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Es finden einheitliche Stimmzettel Verwendung, die den Abstimmungsgegenstand so darstellen, dass eine Beantwortung mit »Ja« oder »Nein« möglich ist.

(4) Der Landesvorstand ist für die rechtzeitige Veröffentlichung sowie für die Herstellung der Stimmzettel und deren Verteilung verantwortlich. Die Unterbezirke leiten die Stimmzettel an die Ortsvereinsvorstände weiter.

(5) Die Unterbezirksvorstände sind für die Durchführung der Abstimmung verantwortlich. Insbesondere müssen sie den Mitgliedern Abstimmungszeit, Abstimmungslokal und Gegenstand der Abstimmung in geeigneter Weise bekanntgeben, für die geheime Abstimmung Vorkehrungen treffen, über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen entscheiden, den Abstimmungsvorgang protokollieren und das Ergebnis mitsamt den Stimmzetteln und Abstimmungsprotokollen unverzüglich an den Landesverband weiterleiten.

(6) Die Unterbezirke teilen das zusammengefasste Abstimmungsergebnis dem Landesvorstand mit. Stimmzettel und Abstimmungsprotokolle sind beim Landesverband für die Dauer eines Jahres aufzubewahren.

(7) Der Landesvorstand fasst die Abstimmungsergebnisse der Unterbezirke zusammen und veröffentlicht das Gesamtergebnis der Abstimmung.

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG zum ordentlichen Landesparteitag am 29. Mai 2010

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Grußworte
5. Beschluss der Geschäftsordnung
6. Wahl der Zählkommissionen
7. Bericht des SPD-Landesvorsitzenden Garrelt Duin, MdB
8. Bericht des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner, MdL
9. Bericht des Schatzmeisters Dieter Möhrmann, MdL
10. Aussprache zu den Berichten
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission
12. Bericht der Revisoren
13. Entlastung des Vorstandes
14. Beratung und Beschlussfassung der satzungsändernden Anträge
15. Wahlen
 - a. Wahl der/des Landesvorsitzenden
 - b. Wahl der stv. Landesvorsitzenden
 - c. Wahl der Beisitzer
 - d. Wahl der Revisoren
16. Satzungsänderung
17. Antragsberatung
18. Schlusswort

MOBILES EUROPA – CHANCE FÜR NIEDERSACHSEN

Die Krise der europäischen Mobilitätsindustrie lässt sich nur solidarisch meistern

Von Bernd Lange, MdEP

» Innovationen zu fördern und umzusetzen ist zentral für die Zukunft der Mobilitätswirtschaft.«

Bernd Lange

Die Absatzzahlen der Automobilindustrie im Februar (in Deutschland fast -30% im Vergleich zum Vorjahr mit Abwrackprämie, EU-weit Stagnation) zeigen, die Krise ist nicht vorbei und wird 2010 voll durchschlagen. Aber es gibt zusätzlich auch grundlegende Strukturprobleme: Überkapazitäten, veränderte Mobilitätsbedürfnisse und Umweltherausforderungen.

und entsprechend dagegen vorgehen. Zudem plant GM, sich durch Verlagerungen nach Südkorea Kostenvorteile in der Produktion zu verschaffen: Statt in Antwerpen sollen Geländelimousinen zukünftig in Ostasien gefertigt werden. Damit würde GM auch von einem neuen Handelsabkommen zwischen der EU und Südkorea profitieren. Da dieses geplante

eine vorausschauende Begleitung des Strukturwandels mit ein. Dazu sollte ein europäischer sektorspezifischer Automobilrat eingerichtet werden. Zukünftig muss die Vergabe von EU-Mitteln entsprechend an klare Bedingungen geknüpft werden wie Investitionen in Forschung und Entwicklung, Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Innovationen zu fördern und umzusetzen ist zentral für die Zukunft der Mobilitätswirtschaft. Elektromobilität ist dabei ein Baustein. So setzte ich mich gerade dafür ein, dass die Standardisierung, zum Beispiel von Steckern, schnell umgesetzt wird, damit neue Technik schneller auf den Markt kommt. Die Entwicklung der E-Mobilität muss weiter unterstützt und vor allem Ergebnisse in Projekten angewendet werden. Die Kombination von E-Mobilität mit regenerativer Energie bietet fast Nullemissions-Perspektiven. Hier ist das Auto- und Energieland Niedersachsen besonders gefordert und muss deutlicher handeln, Modellprojekte zur E-Mobilität umsetzen. Durch E-Mobilität verändern sich Produktion und Zulieferketten, deshalb müssen die Perspektiven für zukunftsgerechte Arbeitsplätze mitgedacht werden. In der EU geht es aber auch um die Weiterentwicklung der Mobilitätsdienstleistungen. Zukünftig wird in wachsenden urbanen Räumen Mobilität stärker nachgefragt werden, die je nach Bedarf durch Autos, motorisierte Zweiräder, Fahrräder oder den ÖPNV umgesetzt wird. Neue Konzepte müssen marktfähig werden und die Entwicklung vom Autohersteller zum Mobilitätsdienstleister ist zu begleiten. Zudem müssen wir auch in verwandten Bereichen neue Geschäftsfelder stärken. So ist die Entwicklung hocheffektiver Mini-Blockheizkraftwerke (Wirkungsgrad 94%) bei VW genau der richtige Weg, um Beschäftigung zu sichern, Innovationen in den Markt zu bringen und Energieversorgung dezentral effizienter und CO₂-ärmer zu machen.

Wer die Krise überwinden will, muss Nachhaltigkeit ins Zentrum rücken, die Erneuerung der traditionellen Autoindustrie anpacken und um gute Arbeit in Europa streiten. Laissez-faire kann kein Konzept für die Zukunft sein, nicht in der EU und nicht in Niedersachsen. ■



Bernd Lange (MdEP) auf dem einzigen Prototyp des Elektromotorrades C1-E von BMW auf einer Veranstaltung der Europäischen Motorradindustrie (acem) in Brüssel.

rungen. Dazu müssen wir schnell europäische Antworten finden, um Beschäftigung in diesem industriellen Kernsektor zukunftsfit zu machen.

Für Niedersachsen ist das besonders wichtig, denn hier liegt der Anteil der in der Automobilwirtschaft Beschäftigten rund doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt: Rund 150.000 Arbeitnehmer beschäftigt die Zuliefer- und Automobilindustrie. Mehr als 30 Prozent aller Industriearbeitsplätze in Niedersachsen hängen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Niedersachsen hat mehr als 700 direkte Zuliefer-Unternehmen und viele indirekte.

Wir brauchen zunächst eine solidarische Krisenbewältigung. Unsolidarische Lösungsversuche auf Kosten der Beschäftigten wie bei GM/Opel gehören nicht in unsere Zeit. Opel Antwerpen soll geschlossen werden, obgleich andere Möglichkeiten unter Beteiligung der Beschäftigten mit Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung vorlagen. Daher werden wir im EP genau überprüfen, ob GM mit der Willküraktion gegen europäische Rechtsvorschriften der Arbeitnehmerbeteiligung verstoßen hat

Abkommen für den Automobilssektor in Europa völlig unausgewogen ist, werde ich als sozialdemokratischer Verhandlungsführer alles daran setzen, Benachteiligungen für die Produktion in Europa einen Riegel vorzuschieben.

Neben der kurzfristigen Stabilisierung des Automobilssektors kommt es zentral darauf an, die Mobilitätswirtschaft mit einer integrierten Politik bei der Erhaltung hochwertiger industrieller Tätigkeiten in Europa zu stärken. Im November 2009 habe ich diese Politik bereits von der EU-Kommission eingefordert, ohne nennenswerte Reaktion. Nun hat die sozialistische Fraktion ein Positionspapier auf den Weg gebracht, um stärkeren Druck auf die Kommission auszuüben. Denn die EU-Kommission muss endliche eine sektorbezogene Industriepolitik anpacken, die Innovationspolitik, Forschungsförderung, Wettbewerbsrecht, Binnenmarktregeln, Handelspolitik, Umweltauflagen und Logistikpolitik zusammendenkt und -führt. Das Ziel muss lauten, eine nachhaltige Mobilitätswirtschaft in Europa zu schaffen. Dies schließt auch gewachsene Qualifizierungsanforderungen und

EUROPA-INFO

Der elektronische Newsletter »Europa-Info« bietet alle 14 Tage Aktuelles aus Europa und Einblicke in die politische Arbeit vom Bernd Lange. Einfach kostenlos abonnieren unter

www.bernd-lange.de

INKLUSION BRAUCHT KOOPERATION

Offener Brief zur inklusiven Bildung in allen Bereichen an den Parteivorstand der SPD

Von Karl Finke

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, der Begriff der Inklusion bzw. inklusiver Bildung ist derzeit Thema unterschiedlicher Tagungen. Das gesellschaftliche Ziel der Inklusion oder der inklusiven Bildung sowie seiner derzeitigen Aktualität geht auf die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) zurück. In Artikel 24 ist hierin die Vorgabe einer inklusiven/integrativen Bildung in Kita, Krippe, Schule sowie Erwachsenen- und Weiterbildung festgeschrieben.

Ebenfalls wird in der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ein Wechsel im Verständnis gegenüber behinderten Menschen von Menschenrechtsobjekten zu Menschenrechtssubjekten vorgenommen.

Dies heißt konkret, dass fortschrittliche Gesellschaft und Politik für Menschen mit Behinderungen sich konkret daran bemisst, ob die jeweilige Personengruppe an den Entscheidungen und Gremien jeweils qualifiziert ausgewiesen und beteiligt ist.

Kooperation mit, anstatt Gutes tun für, ist von daher die Botschaft auf Augenhöhe. Tagungen und Veranstaltungen zur inklusiven Bildung sind von daher in Kooperation mit entsprechenden Initiativen und Organisationen, wie »Selbst Aktiv«, »gemeinsam leben, gemeinsam lernen«, dem SOVD oder anderen Verbänden durchzuführen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ist auch für die Umsetzung der inklusiven Bildung von besonderer Bedeutung, da sie für die jeweiligen Unterzeichnerstaaten mit Berichtspflichten verbunden ist.

So muss die Bundesrepublik Deutschland zwei Jahre nach Inkrafttreten der BRK am 26. März 2009, also am 26. März 2011, den ersten Bericht zur Umsetzung vorlegen, anschließend alle vier Jahre (Art. 35).

In vielen Punkten hat die rot-grüne Bundesregierung mit dem SGB IX die Vorlage zur UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) geliefert. In etlichen Bereichen, insbesondere im Bereich inklusive/

integrative Bildung gibt es in allen Bundesländern, so auch in Niedersachsen, erheblichen Handlungsbedarf.

Dies bitte ich in Kooperation mit behinderten Menschen selbst, deren Vertreterinnen/Vertretern, sowie »Selbst Aktiv« in politischen Gremien, Veranstaltungen, im Geist der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) umzusetzen. Artikel 29 mit der Vorgabe einer unmittelbaren Teilhabe an Politik und Gesellschaft ist hierbei handlungsleitend.

Kontakt Netzwerk »Selbst Aktiv«

Karl.Finke@selbstaktiv.de

Telefon 0511.1674-219, Fax 0511.1317577



Karl Finke, Bundesvorsitzender von »Selbst Aktiv« ist Beauftragter des Landes Niedersachsen für Menschen mit Behinderungen.

Für den SPD-Landesparteitag in Stade und den darauf folgenden Bundesparteitag stellt »Selbst Aktiv« folgenden Antrag:

Der Parteitag möge beschließen: Die SPD und Ihre Mandatsträger verpflichten sich, die UN-Behindertenrechtskonvention in ihren Artikeln sowohl politisch nach außen, wie auch innerhalb der SPD verbindlich umzusetzen.

VORWÄRTS
RÄTSEL

Als er am 19. April 1980 zu Grabe getragen wurde, folgten 50000 Menschen seinem Sarg, ohne dass es einer Aufforderung bedurft hätte. Der Trauerzug war eine der größten politischen Demonstrationen jener Jahre und ehrte das »Gewissen der Welt«, wie ihn Herbert Marcuse 1974 genannt hat. Der Vatikan, der seine Werke auf den Index gesetzt hatte, erklärte anlässlich seines Todes dagegen: »Er war einer der Lehrer von Unsicherheit und Versagen.« Als er sich in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zunächst für die Kommunisten einsetzte, von denen er sich nach der Zerschlagung des Ungarn-Aufstands durch sowjetische Truppen wieder abwandte, war er bereits eine Institution. 1938 veröffentlicht er seinen bis heute wichtigsten, Simone de Beauvoir gewidmeten Roman »Der Ekel«. Sein literarisches Schaffen trägt ihm 1964 den Literatur-Nobelpreis ein, dessen Annahme er jedoch ablehnt, weil er nicht vom bürgerlichen Kulturbetrieb verinnahmt werden will. 1967 übernimmt er die Präsidentschaft des Russell-Tribunals, auf dem die Kriegsverbrechen der USA im Vietnam-Krieg angeprangert werden. Dass er im Mai 1968 an der Spitze der demonstrierenden Studenten durch Paris zieht, ruft bei Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle Entsetzen hervor. In der Bundesrepublik Deutschland sorgt er für Empörung, als er am 4. Dezember 1974 Andreas Baader in Stammheim besucht, den er allerdings hernach als »Arschloch« bezeichnet. Wer war der Quergeist? Zu gewinnen gibt es »Der Ekel«. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Auflösung Februar: Robben Island. Gewinner Harald Legler, Ronnenberg. Auflösung März: Robert Havemann. Gewinner: Manfred Köster, Etelsen.

JUGENDGEWALT VERHINDERN – CHANCEN SCHAFFEN

Gustav-Radbruch-Forum tagte am 20. März 2010 in Laatzen

Von Arne Schneider

Mehr als 180 Interessierte aus Vereinen, Verbänden und Institutionen sowie zahlreiche Mandatsträger aus Bund, Ländern und Kommunen kamen am 20. März nach Laatzen, um im Rahmen des Gustav-Radbruch-Forums mit Experten und Praktikern darüber zu sprechen, wie Jugendkriminalität entsteht und wie das Entstehen von Kriminalität verhindert werden kann.

Im Rahmen eines World-Café diskutierten die Teilnehmenden zunächst einmal über den Zusammenhang zwischen Bildung und Gewalt und die Möglichkeiten, Jugendgewalt zu verhindern. Ulla Burchardt, Vorsitzende des Bildungsausschusses des Deutschen Bundestags, machte in ihrem Beitrag »Bildung kostet. Keine Bildung kostet mehr« deutlich, dass die Bundesregierung den dringendsten bildungspolitischen Anforderungen – Bildungsarmut bekämpfen und den Fachkräftemangel beheben – nicht gerecht wird. Die Bundesregierung verteilt lieber Klientelgeschenke an Besserverdienende, statt in die Bildung zu investieren.

Anschließend diskutierten Ulrike Meyer-Timpe, Autorin des Buches »Unsere armen Kinder«, der Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer und Biniam Kiflai, Integrationsbeauftragter des eritreischen Konsulats, moderiert von Matthias Miersch (MdB) über den Zusammenhang von Prävention, Bildung und Kriminalität.



Harald Baumann-Hasske (ASJ-Bundesvorsitzender), Matthias Miersch (MdB), Arne Schneider (Mitglied des ASJ-Bundesvorstands), Biniam Kiflai (Integrationsbeauftragter des eritreischen Konsulats), Ulrike Meyer-Timpe (Zeit-Autorin), Christian Pfeiffer (Kriminologe), Angela Kolb (Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt), Eva-Maria Stange (AfB-Bundesvorsitzende)

Die Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Angela Kolb, betonte die Bedeutung eines umfassenden Fallmanagements und beklagte, dass die Lebensgeschichten der Jugendlichen und Heranwachsenden oft geprägt sind von kaum miteinander zusammenhängenden Einzelmaßnahmen. Michael Löher vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge sprach von der Notwendigkeit, bereits sehr früh bei werdenden Eltern und kleinen Kindern unterstützend tätig zu werden. Er betonte, dass jeder präventiv eingesetzte Euro, deutlich höhere Folgekosten bei spätere

ren Reaktions- und Repressionsmaßnahmen verhindern kann.

Die von ASJ und AfB durchgeführte Veranstaltung »Jugendkriminalität verhindern – Chancen schaffen« geht zurück auf den Beschluss des SPD-Bundesparteitags, das Thema Jugendgewalt aufzugreifen. Der Parteitag hatte in Dresden im vergangenen November beschlossen, dass die oftmals mit Jugendgewalt einhergehenden sozialen Ursachen identifiziert werden sollten, um ihnen mit einem Präventionskonzept erfolgreich entgegenzutreten zu können. ■

Weitere Infos: asj.spd.de.

vorwärts

PERSONALABTEILUNG



Godula Hepper feiert ihren 80. Geburtstag und das ist Grund genug, sie einmal öffentlich richtig hochleben zu lassen. Am 18.4.1930 in Rabensteinfeld bei Schwerin geboren, machte die Mecklenburgerin 1949 Abitur, studierte zunächst in Potsdam, floh dann in den Westen nach Hamburg und setzte dort ihr Studium fort. Nach ihrer Heirat kam sie 1963 mit ihren drei Kindern nach Celle und engagierte sich seit den 70er Jahren in der SPD. Viele Ämter hatte sie inne: In der Partei war sie Beisitzerin, Schriftführerin, stellvertretende Vorsitzende und Ortsvereinsvorsitzende. Viele Jahre lang war sie Mitglied im Rat der Stadt Celle und im Kreistag.

Die meisten Genossinnen und Genossen kennen sie aber aufgrund ihrer engagierten und unablässigen Arbeit für die Rechte von Frauen. Als ASF-Vorsitzende in Celle, ASF-Bezirksvorstandsmitglied und Mitglied der Gleichstellungskommissionen in Celle, im Bezirk Hannover und beim Landesverband Niedersachsen, als Delegierte im Landesfrauenrat, als Mitglied des Landesfrauenrings und im Frauenforum, sie setzte sich auf allen Ebenen und bei allen Gelegenheiten ein für die Sache der Frauen. »Stellen wir unsere Forderungen laut, unüberhörbar, mischen wir uns ein, permanent!« Das war und ist das Leitmotiv der Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und deshalb und dafür kennt und respektiert man sie überall in Niedersachsen. Wer Fraueninteressen übersah oder nicht für wichtig hielt, bekam und bekommt es seit vielen Jahren mit ihr zu tun. Dafür haben wir Frauen Dir zu danken, liebe Godula! Ohne Dich und deine Beharrlichkeit, deine Standhaftigkeit und dein Durchsetzungsvermögen, wäre für uns vieles nicht so selbstverständlich, wie es heute ist! Zum Glück hast Du – trotz Krankheit – auch noch nicht fertig, Du bleibst unbequem und deiner (unserer!) Sache treu und mahnst uns, nicht nachzulassen. Dafür danken wir Dir in aller Form und lassen mit Dir die Sektkorken knallen! ■ Annette von Pogrell